



POLABS

Infoblatt des Absolventinnen- und Absolventenverbandes
des Instituts für Staats- und Politikwissenschaft

02/2005
Mai/Juni

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Walter Manoschek
Editorial: Auswirkungen des
Universitätsgesetzes 2002 auf
das Institut

Dr. Nicolas Stockhammer
Die Idee der „Negativen
Freiheit“

Mag. Gerlinde Ziniel
Europäische Stiftung zur Ver-
besserung der Lebens- und
Arbeitsbedingungen
Die europaweite Erhebung der
Lebensqualität

Mag. Katharina Erhart
Dipl. u. Diss. Seminar 2005
Impressum
Wir gratulieren

Buchempfehlung!

*Für Politologen unbedingt lesenswert! Im Institut um €12,-
erhältlich!*



Emmerich Tálos,
Wolfgang Neugebauer (Hg.)

AUSTROFASCHISMUS

Politik – Ökonomie – Kultur
1933 – 1938

LIT

EDITORIAL

Ao. Univ. Prof. Dr. Walter Manoschek,
Vorstand des Instituts für Staatswissenschaft

Auswirkungen des Universitätsgesetzes 2002 auf das Institut für Staatswissenschaft



Mit der Implementierung des UG 2002 wurden die österreichischen Universitäten organisationsrechtlich mit Autonomie ausgestattet. Da das Gesetz den Universitäten selbst überlässt, wie sie sich intern organisieren und verwalten, gab es ausführliche Debatten über die Neustrukturierung seitens der Wiener Universitätsleitung. Nachdem vorerst die Auflösung aller Institute zur Diskussion stand, wurde letztlich entschieden, die Institute beizubehalten und die Fakultäten neu zu gliedern. Als Endergebnis gibt es nunmehr 15 Fakultäten und zwei Zentren. Nachdem die ehemalige WIN-Fakultät, in der unser Institut angesiedelt war, in zwei Fakultäten aufgesplittet wurde, nahmen wir die Möglichkeit wahr, in die neu gegründete Fakultät für Sozialwissenschaften zu wechseln. In dieser Fakultät sind - neben dem Institut für Staatswissenschaft - weitere sechs Subeinheiten organisiert: Institut für Politikwissenschaft, Institut für Soziologie, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Institut für Pflegewissenschaft, Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft und

Institut für Wissenschaftsforschung. Damit sind erstmals beide Institute, an denen Politikwissenschaft gelehrt wird, in ein und derselben Fakultät vertreten. Die Studienrichtung verbleibt am Institut für Politikwissenschaft, während die politikwissenschaftliche Lehre von beiden Instituten getragen wird.

Entsprechend unseren Forschungsschwerpunkten lehrt unser Institut vorrangig die Bereiche „Österreichisches Politisches System“ (unter Einbeziehung der Mitgliedschaft Österreichs in der EU) sowie damit zusammenhängende Aspekte und Policies - insbesondere Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik sowie Vergangenheitspolitik - und auf die „alten“ und „neuen“ Mitgliedsstaaten der EU bezogenen Fragestellungen der vergleichenden Politikwissenschaft.

Nachdem unser Institut bisher seine Lehre gleichwertig sowohl an der WIN-Fakultät (als Wahlfächer) als auch an der GRUWI-Fakultät (für Studierende der Politikwissenschaft) angeboten hat, wird sich die Lehre nunmehr primär auf Studierende der Fakultät für Sozialwissenschaften und hier wiederum verstärkt auf die Studierenden der Politikwissenschaft ausrichten. Dabei sind wir mit einer ständig wachsenden Aufgabe konfrontiert. Denn mit über 4000 Studierenden der Politikwissenschaft ist eine Zahl erreicht, die bei der Größe des Personalstandes an die Grenzen der Leistbarkeit geht. Letztlich führt das eklatante zahlenmäßige Missverhältnis von Lehrenden und Studierenden zu einer permanenten Mängelverwaltung, die auf beiden Seiten zu

Substanzverlusten führt. Insbesondere an unserer Fakultät ist das Auseinanderklaffen von propagandistischem Anspruch ("Weltklasseuniversität") und Alltagsrealität besonders spürbar. Mit etwa 14 000 Inskribierten hat die Fakultät mehr Studierende als jede andere österreichische Universität außerhalb von Wien.

Ob die, für das Studienjahr 2006/07 geplante Einführung eines dreijährigen Baccalaureatsstudiums zu einer Entlastung bei den StudentInnenzahlen führen wird, ist nicht abzusehen, nach den internationalen Erfahrungen aber zweifelhaft. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass Politikwissenschaft ein Massenstudium bleiben wird. Daran wird auch das UG 2002 nichts ändern.

Kontakt: walter.manoschek@univie.ac.at

Traurige Meldung von Chris Friedl aus Los Angeles:

To all our friends and family
I have to make a tragic announcement
After long time of bad sufferance from cancer
my beloved wife has finally passed away and found eternal rest.

Lieber
Freund,
du hast
unsere
Anteilna
hme!

Helmut Kromer im Namen der Absolventen



Dr. Nicolas Stockhammer

Die Idee der „Negativen Freiheit“

im politischen Denken Isaiah Berlins

(Kurzfassung eines Vortrages gehalten am 23. April 2005 in Riga)

In seiner Oxforder Antrittsvorlesung „Two Concepts of Liberty“ unterscheidet Berlin zwischen negativer und positiver Freiheit. Negative Freiheit ist rein wertfrei zu verstehen und bezeichnet nichts Diskreditierendes, sondern die Freiheit von Zwang, von Einmischung und Bevormundung.

Bedingt durch einen vollzogenen Rekurs auf das Postulat der physischen und psychischen Uneingeschränktheit erinnert das liberale Denkmodell Berlins an die Freiheitskonzeptionen von Hobbes und Nietzsche, für die Freiheit Ungehemmtheit und Abwesenheit von Zwang darstellt. Aber auch Kantische Elemente fließen in die Interpretation vor allem der positiven Freiheit ein. Negative Freiheit umschreibt die Ermöglichung von Wirklichkeit, währenddessen positive Freiheit die Verwirklichung von Möglichkeit thematisiert. Eine gedachte Analogie zu Kants Verortung des Staates als jenen Topos, wo sich Wirklichkeit versittlicht und Sittlichkeit verwirklicht.

Für Berlin vollzieht sich positive Freiheit als Tätigkeit ebenso analog zu der aristotelischen, von Hannah Arendt für die moderne Politologie gangbar gemachten, Vita activa, der politischen Selbstverwirklichung (O-Ton Berlin „Freedom of Selfmastery“).

Im Rahmen dieser Konzeption positiver Freiheit entsprechend einer Selbstverwirklichung, einer Regierung des Einzelnen durch das „wahrhafte und authentische Selbst“, konstatiert Berlin, dass diese besonders anfällig für Missbrauch durch die herrschende Klasse ist.

Positive Freiheit kann demnach zu einer Gleichsetzung (Berlin: „Identifikation“) der individuellen Wünsche einer Person mit den Befehlen einer externen Autorität führen, des Staates oder einer Partei

etwa, was zu einer Erhebung von Staatsinteressen zum obersten Prinzip führt und partikulare Einzelinteressen unter dem Primat der Partei- oder Staatsräson gleichschaltet. In totalitären Regimes ist diese Praxis Gang und Gebe, Berlin hat bei seinen Überlegungen vor allem den Stalinismus vor Augen.

Positive Freiheit wird sodann zu Gehorsam und verwandelt sich zum exakten Gegenteil von Freiheit, indem sie negative Freiheit beeinträchtigt oder vernichtet durch einen Prozess der kollektiven, von oben gelenkten, Selbstverwirklichung.

Berlin lehnt positive Freiheit an sich nicht grundsätzlich ab, präferiert demgegenüber jedoch eindeutig die Variante der Abwesenheit von äußeren Zwängen und plädiert für den Vorrang der schützenden, negativen Freiheit.

Negative Freiheit stellt für Berlin die genuin liberale Konzeption der Freiheit dar, den sichereren Weg, die bessere Option. In diesem Kontext begreift er den Nationalismus als rücksichtslos übersteigerte Form der Selbstbestimmung, wenn sich die politische Freiheit eines Kollektivs auf Kosten der negativen Freiheit anderer (von Minderheiten) auslebt.

Auch demokratiethoretisch hat dies Auswirkungen: Mit dem Wechselspiel von negativer und positiver Freiheit korrespondiert eine systematische und konstante Konfundierung des liberalen Verfassungsprinzips und des Demokratieprinzips.

Daraus ergeben sich nicht nur theoretische Implikationen, sondern auch praktische Konsequenzen: Mit einer Demokratisierung aller Lebensbereiche geht nicht automatisch eine Erfüllung des subjektiven Wunsches einzelner nach mehr Freiheit einher. Die Autonomie des

Subjekts wird der demokratischen Gemeinschaft mit freiheitsbeschränkender Wirkung für das Individuum geopfert.

Auch John Rawls argumentiert in dieselbe Stoßrichtung, wenn er zwischen metaphysischer (= positiver) Freiheit und politischer (=negativer) Freiheit unterscheidet.

Rawls spricht sich für eine schlanke, reduzierte Auslegung von Freiheit aus, um der tendenziellen Suche nach allumfassenden Freiheitsbestimmungen entgegenzuwirken.

So möchte Rawls auch Berlin ausgelegt wissen – rein methodisch. Denn nur die „negative“ oder „politische“ Bestimmung der Freiheit soll zur Begründung einer liberalen Politik geeignet sein. Ralf Dahrendorf sieht das ähnlich, zumal er in Berlin einen Intellektuellen nach dem Vorbild des Erasmus von Rotterdam sieht, jemanden, den Gegensätze nicht erschrecken, der den Mut hat, sich der, seit Kant und Mill sträflich vernachlässigten, Freiheitsproblematik zu stellen.

Aber auch Kritik an Berlins Freiheitstheorie wurde laut. Zu nennen ist da vor allem der deutsche Philosoph Rainer Forst. Forst kritisiert eine begriffliche Verengung der „negativen Freiheit“ und korrigiert diese durch eine Auffächerung des Begriffs im Sinne einer politisch zu schützenden und zu gewährleistenden Autonomie.

Von prominenter Seite, in der Person Charles Taylors, wurde vor allem eingewandt, dass die Vertreter der negativen Freiheit, allen voran Berlin selbst, nicht auf das Motiv der „individuellen Selbstverwirklichung“ verzichten könnten, welches originär dem Bereich der positiven Freiheit angehört.

Nach einer „extremen“ Theorie der negativen Freiheit sei ein totalitärer Staat, Taylor benützt Albanien als Beispiel, mit wenig Ampeln, aber eingeschränkter Religions- und Meinungsfreiheit, rein qualitativ betrachtet „freier“ als ein Staat wie England mit (vermutlich) mehr Ampeln und mehr Meinungsfreiheit. Aus diesem Grund spricht sich Taylor für ein relevantes „Verwirklichungskonzept“ als Addendum zu Berlins Konzeption negativer Freiheit aus. Um dem Dilemma des Ampelbeispiels zu entgehen, führt Taylor den Begriff der „inneren Hindernisse“ in die Diskussion ein, zwecks der Möglichkeit allenfalls auch auf psychische oder emotionale Beeinträchtigungen eingehen zu können.

Die Debatte hierzu ist heute keineswegs abgeschlossen und namhafte Theoretiker wie Michael Sandel, Michael Walzer und James Buchanan führen diese in einem lebhaften Ausmaß auf den Erkenntnissen der verstorbenen Vordenker Berlin und Rawls basierend weiter.

Empfohlene Literatur:

Berlin, Isaiah: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt/Main 1995

Crowder, George: Isaiah Berlin. Liberty and Pluralism, Cambridge (Polity) 2004

Taylor, Charles: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/Main 1999

Bienfait, Agathe: Freiheit, Verantwortung, Solidarität. Zur Rekonstruktion des politischen Liberalismus. Frankfurt/Main 1999

Mag. Gerlinde Ziniel zur Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin und über die europaweite Erhebung der Stiftung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey –



EQLS).

Die 1975 gegründete Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine dreigliedrige EU-Institution und soll

- die Lebens- und Arbeitsbedingungen bewerten und analysieren,
- für die Verantwortlichen der Sozialpolitik fundierte Gutachten und Ratschläge formulieren,
- zu mehr Lebensqualität beitragen,
- Entwicklungen und Trends beobachten (insbesondere solche, die einen Wandel bewirken).

Aufgaben

Die Stiftung hat die Aufgabe, durch die Förderung und Verbreitung geeigneter Kenntnisse zur Konzipierung und Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen beizutragen.

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben berücksichtigt sie die Politik der Gemeinschaft in diesen Bereichen und unterrichtet die Organe der Gemeinschaft über die in Betracht kommenden Ziele und Ausrichtungen, indem sie ihnen insbesondere wissenschaftliche Kenntnisse und technische Daten mitteilt.

Im Bereich der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Arbeitsbedingungen befasst sich die Stiftung insbesondere mit nachstehenden Fragen:

- Arbeitsbedingungen;
- Arbeitsorganisation und insbesondere Arbeitsplatzgestaltung;
- Probleme bestimmter Arbeitnehmergruppen;
- langfristige Aspekte der Umweltverbesserung;
- räumliche und zeitliche Verteilung der menschlichen Tätigkeit.

Die Stiftung fördert den Austausch von Informationen und Erfahrungen. Hierzu erleichtert sie die Kommunikation zwischen Hochschulen sowie Behörden und Organisationen des Wirtschafts- und Soziallebens. Außerdem unterstützt sie konzertierte Maßnahmen, veranstaltet Kurse, Kongresse und Seminare und beteiligt sich an Studien.

Die Stiftung arbeitet möglichst eng mit den spezialisierten nationalen und internationalen Instituten, Stiftungen und Stellen zusammen.

Die Stiftung ist eine juristische Person und hat ihren Sitz in Irland (Dublin). Sie umfasst einen Verwaltungsrat, einen Direktor und einen Sachverständigenausschuss:

- Der Verwaltungsrat setzt sich aus 78 Mitgliedern zusammen, d. h. je 25 Vertretern der mitgliedstaatlichen Regierungen, der Arbeitgeberverbände und der Arbeitnehmerorganisationen sowie drei Vertretern der

Kommission. Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt drei Jahre, Wiederernennung ist möglich. Der Verwaltungsrat verwaltet die Stiftung, deren Leitlinien er nach Stellungnahme des Sachverständigenausschusses festlegt. Auf der Grundlage eines vom Direktor erstellten Entwurfs legt der Verwaltungsrat im Einvernehmen mit der Kommission das vierjährige Turnus-Programm sowie das jährliche Arbeitsprogramm fest.

- Der Direktor leitet die Stiftung und führt die Beschlüsse des Verwaltungsrats aus. Er wird vom Verwaltungsrat für höchstens fünf Jahre ernannt; seine Wiederernennung ist möglich. Er erstellt einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit, die Finanzlage und die Perspektiven der Stiftung und legt ihn dem Verwaltungsrat vor.
- Der Sachverständigenausschuss setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, die unter Persönlichkeiten wissenschaftlicher und sonstiger, von der Tätigkeit der Stiftung berührter Kreise ausgewählt werden. Die Amtszeit dieser Sachverständigen beträgt drei Jahre, Wiederernennung ist möglich.

Rechtsakt

Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen [Vgl. ändernde Rechtsakte]

Die europaweite Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey – EQLS)

Die Lebensqualität in 28 europäischen Ländern ist Gegenstand einer Untersuchung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Im Sommer 2003 wurden über 26.000 Befragungen durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse liefern wichtige Hintergrundinformationen für die künftige Entwicklung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik in Europa.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen initiierte im Frühjahr 2003 eine Untersuchung zur Lebensqualität in 28 Ländern: den 15 bisherigen und den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten sowie den drei Kandidatenländern. Wie schon bei der vorangegangenen, zusammen mit der Europäischen Kommission durchgeführten Gemeinschaftsinitiative (siehe die Reihe „Lebensqualität in Europa“ der Stiftung) stützte sich die Untersuchung auf bestehende Daten des Eurobarometers. Dieser Bericht beleuchtet die Lebensqualität in europäischen Ländern in einigen zentralen Lebensbereichen. Es handelt sich um eine einzigartige Quelle vergleichender Daten, die ein breites Spektrum von Lebensumständen in einer großen Zahl von Ländern abdecken. Eine weitere, detailliertere Analyse spezifischer Themen soll folgen.

In der europaweiten Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey – EQLS) wurde die objektive und subjektive Lebensqualität unter Bezugnahme auf wichtige Lebensbereiche untersucht, die in ihrer Gesamtheit die Lebensbedingungen und Lebenschancen der Menschen prägen. Einige davon –



zum Beispiel Beschäftigung oder Armut und soziale Ausgrenzung – sind schon seit langem auch Gegenstand von Initiativen der europäischen Politik, während andere – wie etwa die Wohnsituation – in der europäischen Politik keine große Tradition haben, aber künftig besonders unter dem Aspekt der Erweiterung große Bedeutung erlangen könnten.

Das Konzept der Lebensqualität

Die Lebensqualität als wissenschaftliches Konzept spielt in der Sozialforschung seit den 1970er Jahren eine wichtige Rolle. Unter Lebensqualität wird ein breites Konzept

verstanden, mit dem das allgemeine Wohlbefinden der in einer Gesellschaft lebenden Menschen beschrieben wird. Im Wesentlichen bedeutet es, „Menschen so weit wie möglich zu befähigen, die Ziele zu erreichen und die Lebensweise zu wählen, die sie sich wünschen (to enable people, as far as possible, to attain the aims and choose the lifestyle they wish for themselves)“ (Fahey, Nolan & Whelan, 2003: 63). In diesem Sinne geht das Konzept Lebensqualität über den Ansatz der Lebensbedingungen hinaus, bei dem eher die materiellen Ressourcen im Mittelpunkt stehen, die dem Einzelnen zur Lebensbewältigung zur Verfügung stehen.

Der Ansatz der Lebensqualität, der diesem Bericht zugrunde liegt, wird in einem von der Stiftung veröffentlichten Papier (Fahey, Nolan & Whelan 2003) ausführlich erörtert. Dabei werden drei Hauptmerkmale dieses Konzepts herausgestellt:

1. Lebensqualität bezieht sich auf die Lebenssituation des Einzelnen. Das Konzept erfordert eine Mikroperspektive, in der die Bedingungen und Wahrnehmungen des Einzelnen eine Schlüsselrolle spielen. Makroskopische Merkmale der wirtschaftlichen und sozialen Situation einer Gesellschaft sind wichtig als kontextuelle Faktoren für die Ergebnisse auf der Einzelebene, stehen aber nicht im Mittelpunkt.

2. Lebensqualität ist ein mehrdimensionales Konzept. Wie bereits ausgeführt, erweitern der Qualitätsbegriff und die Berücksichtigung mehrerer Lebensbereiche die in anderen Ansätzen vorherrschende eindimensionale Betrachtung des Einkommens und der materiellen Bedingungen. Mehrdimensionalität – „Haben“, „Lieben“ und „Sein“ – erfordert nicht nur die Beschreibung mehrerer Lebensbereiche, sondern betont auch das Zusammenspiel zwischen den Bereichen, durch das echte Lebensqualität entsteht.

3. Lebensqualität wird anhand objektiver und subjektiver Indikatoren gemessen. Subjektive und einstellungsbedingte Wahrnehmungen sind bei der Identifizierung der individuellen Ziele und Orientierungen besonders relevant. Individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen sind am wertvollsten, wenn diese subjektiven Bewertungen an objektive Lebensbedingungen gekoppelt sind. Erst durch die Kombination beider Verfahren ergibt sich ein vollständiges Bild der Lebensqualität.

Generell besteht ein Konsens darüber, dass sich Lebensqualität auf eine ganzheitliche Perspektive bezieht, bei der viele Aspekte des Lebens zu berücksichtigen sind, obwohl über die Zahl und Gewichtung der zu untersuchenden Lebensbereiche keine Einigkeit herrscht (Cummins, 1996) und die Auswahl oft durch das spezifische politische Ziel der Analyse bestimmt wird. Gestützt auf frühere Studien wählte die Stiftung für ihre europaweite Erhebung zur Lebensqualität folgende sechs Kernbereiche aus:

- Beschäftigung
- wirtschaftliche Ressourcen
- Familie und Haushalte
- Gemeinschaftsleben und soziale Beteiligung
- Gesundheit und Gesundheitsfürsorge
- Wissen, Erziehung und Ausbildung

Methodologie

Der Bericht stellt die Ergebnisse für alle 28 Teilnehmerländer vor, zu denen Daten erhoben wurden. Soweit dadurch ein Zusatznutzen erzielt wird, sind die Daten für alle Länder getrennt dargestellt. Um jedoch die Unterschiede zwischen den früheren Beitrittsländern (deren Beitritt vor kurzem erfolgt ist), den derzeitigen Kandidatenländern und den bisherigen EU-Mitgliedstaaten herauszustellen, muss die Komplexität und die Menge der Daten reduziert werden. Daher werden vier länderübergreifende Durchschnittsangaben gebildet:

1. Der Durchschnitt EU15 ist der nach Einwohnerzahl gewichtete Durchschnitt der 15 bisherigen EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich.

2. Der Durchschnitt BL10 ist der nach Einwohnerzahl gewichtete Durchschnitt der zehn Länder, die der

Europäischen Union im Mai 2004 beigetreten sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

3. Der Durchschnitt KL3 ist der nach Einwohnerzahl gewichtete Durchschnitt der drei Länder, die der Europäischen Union zu einem späteren Zeitpunkt beitreten werden: Bulgarien, Rumänien, Türkei.

4. Der Durchschnitt EU25 ist der nach Einwohnerzahl gewichtete Durchschnitt der 25 EU-Mitgliedstaaten nach der Erweiterung von 2004: EU15 und BL10.

Kontakt: gzi@eurofound.eu.int

www.eurofound.eu.int

Ein Erlebnisbericht von Mag. Katharina Erhart

Diplomanden und Dissertantenseminar SS 2005



Die lettische Hauptstadt Riga, das „Schmuckkästchen an der Ostsee“ war das attraktive Ziel des Diplomanden-/Dissertantenseminars 2005. Unter der Schirmherrschaft des Absolventenverbands und der aufwendigen Planung von Dr. Walter Pospichal wurde die diesjährige Austragung der „berühmtesten“ Seminarreihe von Professor Gerlich zu einer Studienreise der Sonderklasse. Soweit mir aus Erzählungen bekannt ist, fand die Anreise zum ersten Mal mit einem Flugzeug statt. Die 32-köpfige Reisegruppe bestand in der Mehrzahl aus Dissertanten, einigen Diplomanden sowie aus ein paar Absolventen, die das Flair der zwischenmenschlichen Beziehungen mit ihren

Kollegen aufs Neue wieder erleben wollten. Die meisten Teilnehmer trafen dabei auf schon langjährig bekannte Kollegen, die sich immer wieder dem Reiz dieser Veranstaltung hingeben.

Am Mittwoch dem 20. April trafen wir ohne spektakuläre Zwischenfälle am späten Nachmittag in Riga ein und bezogen das Hotel „Skanste“ etwas außerhalb des Stadtzentrums. Wir nahmen fast alle Betten des 35-Zimmer Hotels in Beschlag was dazu führte, dass einige unfreiwillig die Zimmer teilen mussten und andere sich zu zweit in Einzelzimmer niederließen. Das tat aber der Stimmung keinerlei Abbruch. Vereint marschierten wir in die Stadt und fanden tatsächlich alle Platz in einem ziemlich leeren Restaurant, das sich nach eingehender Betrachtung und mehrgängigem Menü als richtiggehende „Touristenfalle“ herausstellte. Der Ausklang des Abends fand ganz in Studentenmanier statt: Gut ein Drittel der Mitreisenden tanzte sich bis in die frühen Morgenstunden in die Erwartungen des Seminars hinein. Am nächsten Morgen nahmen dann trotzdem alle fast pünktlich an der Vorstellungsrunde teil, und feierten den Geburtstag des allseits bekannten Dr. Michael Dohr. Allerdings mussten wir unsere stimmlichen Kräfte mit dem lettischen Radio im Frühstücksraum messen, da der versprochene Seminarraum, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung stand, und die Dame vom Management darauf bestand, das Radio immer wieder aufzudrehen, obwohl einige von uns es immer wieder leiser drehten, wenn sie den Raum verließ. Dies war insofern schade, als wir so dem anschließenden Referat von Mag. Gerlinde Ziniel, einem der „Flagschiffe“ des Absolventenverbands, nur schwer folgen konnten. Sie referierte über ihre gegenwärtige Tätigkeit in der „European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions“, einer Einrichtung der Europäischen Union die ihren Sitz in Dublin hat. Als Ressortleiterin für Internationale Beziehungen in der GPA konnte sie sich in einem

strengen Auswahlverfahren gegenüber ihren Mitbewerbern durchsetzen und erhielt die Leitung einer Forschungsstelle in der Stiftung für die Dauer von zwei Jahren. Leider mussten wir die gut vorbereitete Powerpoint Präsentation der Kollegin mangels technischer Ausrüstung im Frühstücksraum verzichten - aber einige Kilogramm an Broschüren, die sie von Dublin nach Riga mit sich geschleppt hatte, reichten aus, um uns ein Bild ihrer interessanten Tätigkeit in Irland zu vermitteln.

Am Nachmittag musste sich unsere Gruppe zerteilen, da der Empfang bei Dr. Jilly, dem österreichischen Botschafter in Lettland, und der Besuch der Universität Riga miteinander kollidierten. Während sich die eine Gruppe mit dem Botschafter in seiner Residenz über die Beziehungen Lettlands mit Österreich bei einem Buffet im Stil einer Cocktailparty unterhielt, ließ sich die andere Gruppe die Universität von Riga zeigen. Neben dem großartigen Ausblick, den das Observatorium des



astronomischen Instituts über die Stadt bot, war der Karzer, der bis 1903 als Disziplinierungsinstrument für weniger folgsame Studenten diente, die Attraktion der Universität. Sicher mehr als eine halbe Stunde ließen wir uns von einer jungen Dame aus dem Sekretariat die Anekdoten, die eine ältere Lettin zum besten gab, mehr oder weniger simultan übersetzen. Danach stieß die Gruppe, die in der Botschaft war, im Festsaal der Universität wieder zu den anderen, um gemeinsam den Vortrag einer Beamtin aus dem lettischen Außenministerium zu hören. Diese referierte über die Geschichte Lettlands und die gegenwärtige Stellung der baltischen Republik als neues Mitglied in der Europäischen Union in einem nordisch-trockenen, aber ausgezeichneten Deutsch. Im Anschluss daran traf ein Großteil der Gruppe mit lettischen Studenten auf dem ausgelagerten Wirtschaftsinstitut zusammen. Allem Anschein nach verlief das Treffen so harmonisch, dass wir durch die Studenten das „Casablanca“, einen beliebten Studententreff kennen lernten und unsere Erfahrungen austauschen und im einen oder anderen Fall die Beziehungen sogar intensiv vertiefen konnten.

Dies war wohl auch mit ein Grund, warum einige das Referat von Dr. Nicolas Stockhammer über den politischen Philosophen Isaak (Isaiah) Berlin am Freitagvormittag verpassten. Der 1909 in Riga geborene Ideengeschichtler, der nach der Emigration seiner Familie sein Wirken vorwiegend in



Oxford entfaltete, wurde sowohl durch seine zahlreichen Abhandlungen über die Klassiker des politischen Denkens als auch durch seine Theorie der Freiheit und die der Igel und Füchse bekannt und galt als einer der führenden Philosophen des 20. Jahrhunderts.

Einen Einblick in das politische System Lettlands bekamen wir mittags beim Besuch in den parlamentarischen Klubräumen der größten Mitte-Rechts-Partei Lettlands, „Jaunais Lakis“ (Neue Zeit). Der Abgeordnete Guntis Berzins, seine Assistenten sowie eine lettische Abgeordnete zum Europäischen

Parlament standen uns Rede und Antwort. Hierbei wurde deutlich, dass sich Lettland, anders als unsere Nachbarstaaten, die neu der EU beigetreten sind, nach wie vor als Brücke zwischen Ost und West sieht und zudem der NATO-Beitritt eine viel größere Rolle als der EU-Beitritt spielte. In der regen Diskussion zeigte sich, wie wichtig und wesentlich den Letten die Wahrung ihrer kulturellen und nationalen Identität ist. Bedroht sehen sie sich einerseits als kleines Land (nur 1,5 Millionen Menschen sprechen Lettisch) innerhalb der Europäischen Union und andererseits durch den großen russischen Bevölkerungsanteil. Die Reaktion darauf ist ein besonders rigides Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Staatsbürgerschaft (und damit das Recht auf einen Reisepass) nur beim Vorliegen von Lettischkenntnissen einräumt. Damit werden viele Russen diskriminiert, die schon lange in Lettland leben oder überhaupt erst hier geboren wurden. Der Abgeordnete Berzins sprach von einer bipolaren Gesellschaftsstruktur der Bevölkerung Lettlands, die man selbst als Tourist unschwer erkennen kann: Die Lokale sind zumeist ethisch eindeutig orientiert, haben also nur lettische oder nur russische Besucher.

Nach einer kurzen Mittagspause besichtigten einige von uns das lettische Parlament. Die Zeit wurde knapp, da wir bereits um 19 Uhr im großen Gildehaus der ehemaligen Hansestadt Riga zum Konzert des lettischen Symphonieorchesters eingeladen waren. Unter der Leitung des amerikanischen Dirigenten Michael Christi gab das stark besetzte Orchester Stücke von Bela Bartok und Anton Bruckner zum besten. Wenngleich einige Kulturbanausen unter uns sich den Fauxpas leisteten, zwischen den Sätzen zu applaudieren, war der Abend, den unser lieber Dr. Pospichal schon lange vorher organisiert hatte, durchaus gelungen. Die Stimmung schien später sogar überzuborden, da ein paar unschöne Spuren in der Küche eines lettischen Lokals den Rauswurf für einige Kollegen bedeuteten. Manch anderer schwang wiederum das Tanzbein und musste unliebsame Erfahrungen mit düsteren Taxifahrern machen. Hier kann nur angeraten werden, das Taxi mit der Endnummer „3460“ auf Riga-Trips zu meiden.

Gezeichnet von diesen, wenn auch glimpflich ausgegangenen Eskapaden, nahmen am Samstag nicht alle an der vom Kollegen Mag. Reinhard Krakauer, MBA, organisierten Fahrt an den Küstenort Jūrmala teil. Der 20 Kilometer lange Sandstrand gilt nach wie vor als russischer Nobelbadeort mit exorbitanten Grundstückspreisen.

Einige besonders Wackere machten sich auf die Empfehlung des Abgeordneten Berzins noch zum Freilichtmuseum samt rekonstruierter Burg in Segulda auf. Die hohen Erwartungen wurden aber eher enttäuscht.

Die anderen nutzen die restlichen Nachmittagsstunden zur Besichtigung der wunderschönen Innenstadt, die durch die vielen architektonischen Stile (herrlich renovierte Jugendstilhäuser und Holzhäuser aus dem Mittelalter, imposante Gildehäuser sowie zahlreiche romanische und gotische Bauten - vorwiegend Kirchen) Riga wahrlich zu einem Schmuckkästchen machen. Der letzte Abend war von einem Opernbesuch im entzückenden neu renovierten Opernhaus gekrönt. Wir sahen „Tosca“ von Puccini und alle genossen den Abend sehr, wenngleich das folgende Abendessen im kleinen Kreis von nach Lettland getragenen Abspaltungsfragen aus der österreichischen Innenpolitik überschattet wurde. Einige von uns ließen den Abend in der Skybar des Fünf-Sterne Hotels „Reval“ ausklingen, während es die anderen wiederum ins „Casablanca“ zog.

Am Sonntagvormittag, dem Abreisetag, konnten einige von uns wieder einmal so richtig frühstücken, bevor wir uns zum Flughafen aufmachten und unsere Heimreise nach Wien antraten. Obwohl das heurige Privatissimum nicht unbedingt ein Seminar im klassischen Sinn

war, kann man es als Studienreise der besonderen Art bezeichnen, in der uns die die Lebensart und das politische System eines neuen EU-Landes durch das breit gestreute Programm unserer Organisatoren näher gebracht wurde. Zumindest kann sich jetzt jeder von uns merken, dass Lettland die mittlere der drei baltischen Republiken ist und seine Hauptstadt Riga heißt. Und fast alle wissen jetzt, dass es in der Europäischen Union eine großartige russische Minderheit gibt, die in ganz besonderer Weise den Charme von Riga komplettiert.

Kontakt: katharina.erhart@utanet.at

Bild: St. Peter und Schwabhaus in Riga



Impressum:

„POLABS“ ist das Informationsblatt des Absolventinnen- und Absolventenverbandes des Instituts für Staatswissenschaft

Medieninhaber: Absolventinnen- und Absolventenverband des Instituts für Staatswissenschaft der Universität Wien, 1010 Wien, Hohenstaufengasse 9

Redaktion: Dr. Helmut Kromer (helmut.kromer@univie.ac.at)

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Druck im Eigenverlag

Wir gratulieren

Herr Prof. Dr. Walter Manoschek leitet seit Beginn dieses Jahres das Institut für Staatswissenschaft. Dankenswerter Weise steht er unserer Vereinigung positiv gegenüber und hat sich spontan bereit erklärt, das Editorial für diese Ausgabe zu schreiben. Wir wünschen Herrn Prof.

Manoschek viel Erfolg bei der Bewältigung dieser Aufgabe!



Kollegin **Katharina Erhart**, unsere fliegende Politologin - sie ist Flugbegleiterin bei der Austrian, wurde am 30. März zur Magistra ernannt, ihre Diplomarbeit hatte den Titel „Das Parteiensystem der Slowakei. Neue Konfliktlinien in den Transformationsländern?“

Sie schrieb auch den Seminarbericht - siehe Seite 8.



Kollege **Nicolas Stockhammer**, unser Mann in Berlin - er hat dort einen Lehrauftrag, wurde an seinem 30. Geburtstag zum Doktor ernannt, seine Dissertation hatte den Titel

„Die Ratio Gubernandi - Eine Kritik der politischen Vernunft“

Im DD-Seminar in Riga hielt er ein interessantes Referat über Isaiah Berlin. Eine Kurzfassung dieses Referates siehe Seite 3.



Herr Prof. Dr. Gerlich wurde mit einem Lehrauftrag an der Universität vom New Orleans betraut, er wird somit in der Zeit von September 2005 bis Juni 2006 in den USA sein. Wir - vor allem aber seine Diplomanden und Dissertanten werden ihn sehr vermissen. Wir wünschen ihm viel Erfolg und einen schönen Aufenthalt!

Die „Riga-Explorer“ vor dem lettischen Parlament

